

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk.; für 1 Monat 1.35 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 000.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506. — Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Ründigung des Waffenstillstands mit Rußland.

### Freie Hand nach Osten. Rückberufung der Kommissionen.

#### Krieg im Osten.

Die amtliche Erklärung der deutschen Regierung muß dieselben Wirkungen haben wie eine neue Kriegserklärung. Bisher waren sich selbst bürgerliche Völkerrechtslehrer, von denen man weiß, daß ihre Ansichten denen der deutschen Regierung nie entgegengelegt und hinderlich gewesen sind, nicht darüber klar, ob zwischen Deutschland und Rußland nach der Erklärung Trotkis überhaupt noch Kriegszustand herrsche. Diesen Zweifel hat die deutsche Regierung beseitigt. Sie hat sich für Krieg entschieden.

Unmittelbar nach der Erklärung Trotkis vom 10. Februar haben wir darauf hingewiesen, daß die Aufnahme militärischer Operationen gegen Rußland der Eröffnung eines neuen Kriegs gleichkommen werde, und daß dazu eine neue Kriegserklärung erforderlich sein wird. Wir standen mit dieser Auffassung nicht allein. Selbst die Germania, die jetzt gern als offizielles Organ des Reichstanzlers angesehen wird, erklärte damals, solange Rußland der Erklärung Trotkis praktisch gerecht werde, könnte Deutschland den Krieg nach Osten tatsächlich nicht fortsetzen, ohne seinen Charakter als Verteidigungskrieg aufzugeben. Vom theoretischen Rechtsstandpunkt aus werde man sich also in die Tatsache fänden müssen, daß Deutschland den von Trotki geschaffenen Zustand, ohne zum Angriffs-krieg überzugehen, nicht ändern könne. Die alldeutsche Presse — namentlich die Kreuzzeitung — erhob gegen diese wohl begründete Darstellung der Lage Einspruch. Andererseits wurde behauptet, daß die Darstellung der Germania wahrscheinlich die Auffassung der Regierung widerspiegeln würde. Diese Auffassung wurde unter andern vertreten von der Kölnischen Zeitung, die bisher immer noch über die Regierungsabsichten vorzüglich informiert gewesen ist.

Nunmehr hat sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt gestellt, den die alldeutsche Presse in dieser Frage einnimmt. Ihre Erklärung entspricht nicht der Darstellung der Germania, sondern der Kreuzzeitung. Es muß darauf hingewiesen werden, daß zwischen den Deduktionen der Germania und der amtlichen Erklärung der Regierung die Beratung der Zivilregierung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kaiser im Großen Hauptquartier stattgefunden hat. Die Erklärung der Regierung ist die Folge der Beratung. Ob die Zivilregierung mit ihrer Auffassung unterlegen ist, oder ob sie von vornherein auf einen Fortgang des Krieges mit Rußland abzielte, läßt sich einwandfrei nicht beurteilen. Jetzt steht, daß sie zum mindesten einen Rückschritt in der publizistischen Behandlung der Dinge eingeschlagen hat. Von der alldeutschen Post, die im übrigen ihre Erklärung begründet, wird ihr deshalb folgender Vorwurf gemacht:

Der neue Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland ist freilich groll ab von der ursprünglichen halbamtlichen Erklärung, die von halbamtlich deutscher Seite über die russische Ausrufung des 10. Februar erlassen worden war. Was das deutsche Volk damals zu hören bekam, sah nach Frieden aus, obgleich es doch schon damals den unrichtigsten Stellen offenbar war, daß dieser Friede zweideutig, unecht, ja betrügerisch aussah. Wenn jetzt wieder offener Krieg ist, so ist das natürlich gewiß besser, als jener Friede. Gleichwohl trifft die Regierung jetzt erst recht der vernünftige Vorwurf, daß sie die deutsche Öffentlichkeit irreführt und zu Hoffnungen verleitet hat, die notwendigerweise scheitern mußten.

Es ist nötig, diese Einzelheiten festzustellen, da über die Begleitumstände einer so wichtigen Erklärung von vornherein gar nicht genug Klarheit geschaffen werden kann.

Die Erklärung der Regierung läßt sich auf eine formaljuristische Konstruktion, die sich nicht nur nicht mit den Tatsachen vereinbaren läßt, sondern die obendrein auch noch jeder inneren Logik entbehrt. Sie geht aus von der Behauptung, daß Rußland auf den Frieden verzichtet habe. Eine sonderbare Behauptung angesichts der Tatsache, daß der Vertreter Rußlands ausdrücklich erklärt hat, daß Rußland sich als im Friedenszustand befindlich betrachtet. Allerdings hat er auf die Sanktionierung eines formellen Vertrags verzichtet, der nach dem Diktat der deutschen Regierung die Billigung der deutschen Vorschlagsabsichten durch Rußland enthalten sollte. Der Verzicht auf einen solchen Vertrag ist aber noch lange nicht der Verzicht auf die tatsächliche Herbeiführung

des Friedens. Dieser Unterschied wird in der deutschen Erklärung vollständig verwischt. Gestützt auf diese so wenig fundierte Behauptung wird nun in der deutschen Erklärung weiter behauptet, daß nach diesem „Verzicht auf den Frieden“ die russische Regierung auf den Waffenstillstand verzichtet, ja, daß sie ihn gekündigt habe. Von einer derartigen Absicht der russischen Regierung wird selbst der russischen Regierung nichts bekannt sein. Sie hat erklärt, daß sie sich als im Friedenszustand befindlich betrachte, und daß sie demobilisiere. Der Friedenszustand aber schließt selbstverständlich die völlige Waffenruhe ein. Wie kann da der russischen Regierung unterstellt werden, daß sie den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt habe, den sie durch ihre Erklärung zum dauernden Friedenszustand machen will!

Der Vorwande für die Erklärung sind genug. Der Feldzug gegen die Bolschewiki, der in der alldeutschen Presse seit einiger Zeit geführt wird, hat jetzt unerhörte Dimensionen angenommen; das offiziöse Organ der Regierung wie das Bolschewiki Telegraphenbureau nehmen daran teil. Hilferufe aus Estland und Finnland gegen die Schreckensherrschaft der Bolschewiki sollen in Massen bei der deutschen Regierung eingetroffen sein. Die süßenhaften Berichte der alldeutschen Presse reden von den Bolschewiki und ihren Truppen nicht mehr anders als von der plündernden, mordenden und brennenden russischen Soldateska, den Räubern und Mördern und ihren Verbänden, den Entgegnungsstrolchen und den Anarchisten, gegen die die unglückliche Bewohnerchaft der russischen Randprovinzen geschützt werden müsse.

Dieser Feldzug wird unterstützt durch eine Kundgebung der ukrainischen Zentralrada. Ihre Truppen sind von den Bolschewiki geschlagen. Sie hat Kiew verloren, das die Bolschewiki zum Sitz ihrer Regierung gemacht haben. Nun erlöst sie einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem sie um Waffenhilfe gegen die soziale Revolution bittet. Sie versichert, daß sie wisse, daß ihre Stimme gehört werde. Woher die Zuversicht? Sind ihr bindende Versprechungen gemacht worden? Gleichzeitig deutet sie den strategischen Plan für eine deutsche Waffenhilfe für die Ukraine an. Dieser Aufruf, der gleichzeitig mit der Erklärung der deutschen Regierung veröffentlicht wird, und ihr zu gelegener Stunde und sicher nicht unerwartet gekommen ist, deutet bereits auf die wahren Gründe der Fortführung des Krieges hin.

Was soll durch die Erneuerung des Kriegszustandes im Osten noch erreicht werden? Das Einverständnis der russischen Regierung mit den Kriegsziele der Zentralmächte hat bei den Friedensverhandlungen nicht erzielt werden können. Das deutsche Streben geht nach der Erreichung gewisser strategischer Linien, die heute noch in russischem Besitze sind, und die sich durch die Gebiete ziehen, aus denen die alldeutsche Presse jetzt „Notkreise der gedrückten und mißhandelten Bevölkerung“ verzeichnet. Und außerdem soll der Frieden mit der Ukraine dadurch gesichert werden, daß die Zentralrada, die tatsächlich nicht die Macht im ukrainischen Gebiete besitzt, militärisch unterstützt wird in ihrem Kampfe gegen die soziale Revolution, sei es nun durch direkte Hilfeleistung, sei es durch Entlastung durch militärische Operationen an der russischen Nordfront.

Nach der Erklärung der deutschen Regierung erhebt sich die Frage, ob der Erklärung tatsächlich die Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen folgen wird. Der Berliner Lokalanzeiger schreibt darüber:

Wir hoffen, überzeugt sein zu dürfen, daß diese Erwägungen auch an leitender Stelle angestellt worden sind, und daß ihnen die schnelle, kräftig zupackende Tat folgen wird.

Die neue Kriegserklärung ist drei Tage vor Zusammentritt des Reichstags erfolgt. Die Regierung scheint der Billigung ihres Verhaltens durch die bürgerlichen Parteien sicher zu sein. Trotzdem aber wird sie der schärfsten Kritik wegen ihrer Abweisung des russischen Friedenswillens nicht entgehen. Die wahren Vertreter der klassenbewußten Arbeiterchaft werden den Friedenswillen und die Friedensforderungen der deutschen Arbeiter gegenübersehen dem Willen der Regierung zur Fortsetzung des Krieges.

#### Auch ein Selbstbestimmungsrecht.

Wieviel große und schöne Worte haben wir doch in der jüngsten Zeit darüber gehört, daß die deutsche Regierung keine Annexionen im Osten plane, sondern daß sie den „Randvölkern“ das volle Selbstbestimmungsrecht über ihr ferneres Geschick einräumen wolle! Es bestand ja nur eine kleine Differenz zwischen der deutschen und der russischen Auslegung dieses Selbstbestimmungsrechtes. Die Russen verlangten, daß die Besetzung dieser Länder aufgehoben werden sollte, damit die freie Selbstbestimmung der Völker, ungehindert durch äußere Einflüsse, wirklich durchgeführt werden könne. Die deutsche Diplomatie dagegen wollte das Selbstbestimmungsrecht auf den während der Okkupation gebildeten „Vertretungen“ aufbauen. Wie zum Beispiel in Litauen das Selbstbestimmungsrecht durchgeführt werden soll, darüber wird uns jetzt einiger Aufschluß gegeben.

Der Bischof Karcevicius aus Kovno, der sich auf der Rückreise vom Großen Hauptquartier in Berlin befindet und dort eine Audienz beim Reichstanzler hatte, berichtete einem Vertreter des Lokalanzeigers das folgende:

Ich bin hierher gekommen, um den deutschen leitenden Stellen nahezu legen, daß die Zeit gekommen ist, an die Schaffung eines selbständigen litauischen Staatswesens heranzutreten, das selbstverständlich Ablehnung an Deutschland suchen würde. Ich habe zu diesem Zwecke ein Memorandum ausgearbeitet, das ich dem Reichstanzler übergeben habe. Die Litauer glauben, daß es jetzt an der Zeit wäre, dort staatliche Einrichtungen in ähnlicher Weise zu schaffen, wie es in Polen bereits geschehen ist. Wir würden also eine Anerkennung Litauens als selbständiges Staatswesen erwarten, und es könnten dann zunächst vielleicht ähnliche Regierungsarrangements gebildet werden, wie es in Polen der Fall ist. Die endgültige Regelung der litauischen Staatsbildung bliebe dann immer noch der Zukunft vorbehalten und würde erst erfolgen, wenn wieder mit geordneten Verhältnissen zu rechnen ist. Uns schwebt ein monarchisches Staatswesen vor, das sich auf christlich-konservativer Grundlage aufbauen würde. Dies würde auch durchaus dem Sinne der großen Mehrheit der litauischen Bevölkerung entsprechen, die in hohem Grade religiös und konservativ gesinnt ist. Eine Ausnahme hiervon machen nur gewisse, nicht zahlreiche Elemente der Bevölkerung, die eine sehr lebhafte Agitation eingeleitet haben, um neue Beziehungen zu Rußland anzuknüpfen und auf diese Weise die Wiedervereinigung Litauens mit Rußland betreiben. Gerade diese Agitation läßt es um so wünschenswerter erscheinen, daß nunmehr der Auslassungsplan der Bildung eines selbständigen Litauens gemacht wird, das sich durch Verträge an das Deutsche Reich anlehnen würde. Ich bin überzeugt, daß wir mit Deutschland zu einem freundschaftlichen Verhältnis gelangen werden, das in Zukunft beiden Teilen zum Nutzen gereichen wird. Ich habe bei den deutschen amtlichen Stellen für die von mir vorgebrachten Wünsche der litauischen Bevölkerung weitgehendes Verständnis gefunden. Man hat mir zugesagt, daß unsere Vorschläge wohlwollend geprüft werden sollen, und ich glaube, hoffen zu dürfen, daß eine Entscheidung, die für die staatliche Entwicklung Litauens bedeutungsvoll sein dürfte und dem neuen Staatswesen feste Grundlagen geben würde, schon in allernächster Zeit erwartet werden darf.

Daß die dem Herrn Bischof gesellschaftlich nahestehenden Kreise diese Auffassung teilen, bezweifeln wir nicht. Woher aber nimmt der Bischof das Recht zu behaupten, daß gewisse nicht zahlreiche Elemente der Bevölkerung, die anderer Meinung sind, wirklich nicht zahlreich sind? Das einfachste wäre, eine Volksabstimmung vorzunehmen, bei der jedoch alle Gewähr eines wirklich freien, durch keinerlei äußere Gewalt beeinflussten Stimmrechts gegeben sein muß. Davon wird aber wahrheitsgemäß der Bischof ebenfowenig wie die deutsche Regierung oder gar die deutsch-litauische Gesellschaft, die sich des Beifalls der Herren Moskale und David erfreut, etwas wissen wollen.

U.-K. Das litauische Volk ist demokratisch. Bei der Revolution 1905 hat es alle russischen Bureaucraten, Polizisten, Lehrer usw. davongejagt und auf einem in Wilna abgehaltenen, von Delegierten aus allen litauischen Bezirken besetzten Kongress hat man beschloffen, Litauen zu einem unabhängigen, demokratischen Staat zu machen. Dieser Beschluß war so vollständig, daß ihn später sämtliche Parteien in ihr Programm aufnahmen. Selbst die niedrige Geistlichkeit ist stark demokratisch eingestellt. Anders sieht es mit dem höheren Klerus der katholischen Kirche, der vorwiegend polnischen Kreise entstammt. Er vertritt mit den polnischen Grundbesitzern sowie den bestehenden polonisierten ehemaligen Litauern die schroff konservativen Anschauungen und politischen Ziele. Die